



Fürs Land: Forderungen des Bundes der Deutschen Landjugend zur Bundestagswahl 2021



Um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse junger Menschen in ländlichen Räumen sicherzustellen, fordert der BDL ...

- ✓ dass die Entwicklung ländlicher Räume in einem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Ländliche Räume zentral für die gesamte Bundesregierung angesiedelt und koordiniert wird. Dazu gehört, dass der Bereich „Ländliche Räume“ in der Leitungsspitze des Ministeriums verankert und verantwortet wird.
- ✓ die Öffnung des Artikels 104c im Grundgesetz (Kooperation von Bund und Ländern).
- ✓ die Erweiterung des Artikels 91a im Grundgesetz um das Ziel „Ländliche Entwicklung“.
- ✓ typische Siedlungsstrukturen und Bauformen in Ortskernen und ländlichen Räumen zu erhalten und weiterzuentwickeln.
- ✓ öffentliche Daseinsvorsorge als Ganzes anzugehen. Die Grundausrüstung der Daseinsvorsorge muss festgeschrieben und unabhängig von der Wirtschaftlichkeit garantiert werden. Das Gemeinwohl muss vor wirtschaftlichen Interessen stehen.
- ✓ die Ansiedlung von Behörden und zukunftsgewandter, klimafreundlicher Unternehmen auf dem Land zu fördern, um Arbeitsplätze auf dem Land zu schaffen. Zudem fordert der BDL, die Vergabe öffentlicher Aufträge an klimafreundliche und sozialverträgliche Kriterien zu knüpfen. Ziel muss es sein, mit öffentlichem Geld nachhaltige Arbeit zu finanzieren.
- ✓ die Wertschöpfung für Erneuerbare Energien über alle Energieformen hinweg, am Standort der Entstehung der Energieform zu versteuern.
- ✓ die Nahversorgung zu sichern und regionale Produktion zu stärken, indem Landwirtschaft und Handwerk in den ländlichen Räumen stärker unterstützt werden. Der BDL fordert,
 - dass das Marketing für die regionale Produktion verbessert wird,
 - dass politische EntscheidungsträgerInnen sich verpflichten, beim Einkauf auf Regionalität und Produkte mit geschützter Herkunft zu achten und diese zu bevorzugen und
 - dieses Prinzip auch in den jeweiligen Entscheidungsbereichen umzusetzen.
- ✓ Engagementbeauftragte auf Landkreisebene zur Förderung und Unterstützung ehrenamtlichen Engagements.
- ✓ bundesweit gesetzliche Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Regionalentwicklung zu schaffen und das Prinzip des Regionalbudgets einzuführen.
- ✓ die Ungleichheit der Verteilung von Förderprogrammen des Bundes zwischen Stadt und Land zu beseitigen. „Ländliche Regionen“ muss als Kategorie in die Förderprogramme des Bundes aufgenommen werden.

In eigener Sache

In dieser Broschüre hat der Bund der Deutschen Landjugend (BDL) e.V. seine Forderungen fürs Land zusammengetragen. Auf den ersten Seiten finden sich die reinen Forderungen: kurz, knackig und kategorisiert. Für mehr Durchblick folgt dann ab Seite 7 die ausführliche Fassung der BDL-Forderungen zur Bundestagswahl 2021. Bitte lesen und diskutieren, verbreiten, ergänzen und schließlich umsetzen, damit junge Menschen auch in Zukunft auf dem Land Lebens- und Bleibeperspektiven haben.



- ✓ die ländlichen Räume müssen zum Gegenstand der Forschung werden.
- ✓ intelligente, jugendgerechte und verkehrsträgerübergreifende (öffentliche und private) Mobilität. Das schließt den Ausbau der Anbindung ländlicher Regionen an Ballungszentren ein.
- ✓ die Ansiedlung von Co-Working-Spaces in ländlichen Räumen zu unterstützen.

Um die digitale Benachteiligung ländlicher Räume flächendeckend zu beseitigen, fordert der BDL...

- ✓ einen grundgesetzlichen Anspruch auf digitale Beteiligung und digitale Grundversorgung.
- ✓ ein Bundesministerium für Digitalisierung, da sich das Konzept der Digitalbeauftragten der Bundesregierung nicht bewährt hat.
- ✓ digitale Teilhabe für alle und die Sicherstellung von Demokratie im Netz. Dazu gehören für den BDL unter anderem Netzneutralität, digitale Grundrechte, die Begrenzung der Marktmacht großer Digitalkonzerne, normative und transparente Standards für Algorithmen.
- ✓ dass die Digital- und Medienkompetenz der Bevölkerung bundesweit signifikant erhöht wird. Dieser Prozess muss bundeszentral gefördert und koordiniert werden, weil der Föderalismus in diesem Bereich versagt hat.

Um die Lebens- und Bleibperspektiven junger Menschen auf dem Land zu verbessern, fordert der BDL...

- ✓ die Förderung der Jugendverbands- und Jugendarbeit im Kinder- und Jugendplan des Bundes dynamisch zu erhöhen und zu sichern
- ✓ in der nächsten Legislaturperiode ein Demokratiestärkungsgesetz auf den Weg zu bringen und dafür künftig zusätzliche Mittel im Bundeshaushalt einzuplanen.
- ✓ selbstorganisierte und offene Jugendverbandsarbeit bundesweit zu unterstützen.
- ✓ dass Förderpolitik echte Kontakte und ergänzende digitale Angebote der Jugend-(verbands)arbeit nicht gegeneinander ausspielt, sondern als verschiedene Erfahrungswelten zur Stabilisierung unserer Demokratie versteht und unterstützt.
- ✓ dass in jeder Kommission und jedem Gremium – immer, wenn gesellschaftliche Verständigungs- und Entwicklungsprozesse ausgehandelt werden – faire Formate der Beteiligung für junge Menschen implementiert werden.
- ✓ den bereits installierten Jugend-Check verpflichtend für alle Ressorts und Gesetzgebungsprozesse einzuführen, auszubauen und weiterzuentwickeln.
- ✓ mittwochs ab 13 Uhr unterrichtsfrei für bürgerschaftliches Engagement!

- ✓ Kinderrechte endlich im Grundgesetz verankern!
- ✓ angesichts der notwendigen Kreditaufnahme im Zuge der Corona-Pandemie, beim Schuldenabbau vorrangig diejenigen heranzuziehen, die von den Krediten profitiert haben bzw. gefördert wurden.
- ✓ ein verpflichtendes Praxisjahr für Bundestagsabgeordnete.
- ✓ die Ermessensspielräume des Bundesreisekostengesetz (BRKG) beim Einsatz bei freien Trägern der Jugendhilfe zu erweitern.

Damit Landwirtschaft in Deutschland Zukunft hat, fordert der BDL...

- ✓ Planungssicherheit für JunglandwirtInnen und JungwinzerInnen.
- ✓ einen Volatilitätscheck und Bindungsfristen für gesetzliche Regelungen und Maßnahmen in der Landwirtschaft.
- ✓ den Generationswechsel zu fördern. Fiskalische Anreize zur Hofübergabe müssen geschaffen, bereits vorhandene Instrumente ausgebaut und verpflichtend angewandt werden.
- ✓ die Flächenversiegelung zu verringern, indem z.B. Industriebrachen nutzbar gemacht und Ortskerne belebt werden.
- ✓ den Kauf von landwirtschaftlichen Flächen durch außerlandwirtschaftliche Personen und Unternehmen zu unterbinden. Der BDL fordert ein Vorkaufsrecht für JunglandwirtInnen.
- ✓ vereinfachte Bewilligungsvorgänge für umwelt-, klima- und tierschutzrelevante Baumaßnahmen in der Landwirtschaft. Dazu gehört für den BDL unbedingt auch die Beibehaltung des privilegierten Bauens im Außenbereich für JunglandwirtInnen und JungwinzerInnen.
- ✓ die Bundesregierung auf, bestehende Gesetze, Gesetzesinitiativen und -änderungen auf Zielkonflikte zwischen Umwelt-, Klimaschutz und Tierwohl zu überprüfen und zu beseitigen.
- ✓ gesetzliche Voraussetzungen für die Finanzierung von nationalem und internationalem Agrarmarketing zur Absatzförderung zu schaffen.
- ✓ die Direktvermarktung und auch Kampagnen der geschützten Herkunftsbezeichnungen zu stärken.
- ✓ die JunglandwirtInnenförderung auszubauen und den Zugang bundesweit einheitlich zu gestalten. Konkret fordert der BDL die Verwendung von mindestens zwei Prozent der nationalen Mittel der ersten Säule der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) für die Förderung von JunglandwirtInnen. Zudem muss die bereits bestehende JunglandwirtInnenförderung in der zweiten Säule der GAP festgeschrieben werden.



- ✓ die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen,
 - dass ausschließlich wissenschaftlich fundierte Maßnahmen mit ökologischer Wertigkeit in die GAP aufgenommen werden,
 - dass das Finanzvolumen der europäischen Agrarpolitik erhalten bleibt und
 - dass EU-weit einheitliche Regelungen zu Tier-, Klima- und Umweltschutz in der Landwirtschaft eingeführt werden und auf nationale Alleingänge verzichtet wird.
- ✓ den Anbau von Eiweißpflanzen, die Speicherung von CO₂ im Boden, den Einsatz von Smart Farming und die Gewinnung von Erneuerbaren Energien als Maßnahmen zum Klimaschutz anzuerkennen und zu fördern.
- ✓ das Erneuerbare-Energien-Gesetz praktikabel für die Zukunft zu entwickeln und schon vorhandene Anlagen weiter zu nutzen.
- ✓ den Ausbau von Speicherkapazitäten für Erneuerbare Energien zu fördern.
- ✓ eine verpflichtende Klimaberatung für Betriebe, um die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Klimaschutzmaßnahmen zu erhöhen und Potentiale zu erschließen.
- ✓ eine präventive und vollständige Förderung von Herdenschutzmaßnahmen zur Vorbeugung von Wolfsangriffen.
- ✓ für eine stärkere Mitsprache von JunglandwirtInnen und JungwinzerInnen eine JunglandwirtInnen-Quote z.B. bei politischen Anhörungen, in Aufsichtsräten und Vorständen des Agrarsektors.
- ✓ die Unterstützung des Berufswettbewerbs der deutschen Landjugend und Anerkennung der SiegerInnen des Wettbewerbs beizubehalten und auszubauen.
- ✓ die Struktur psychosozialer Beratungsangebote für LandwirtInnen zu öffnen, auszubauen und durch staatliche Angebote zu ergänzen
- ✓ die Digitalisierung in der Landwirtschaft zu unterstützen, indem behördliche und öffentliche Daten, deren Erfassung und Archivierung durch Steuergelder finanziert, anonymisiert und kostenfrei zur Verfügung gestellt werden (z.B. Kataster-, Boden-, Wetterdaten, Wegenetze etc.). Diese Daten müssen in praxistauglichen und standardisierten Formaten in einem zentralen Datenportal bereitgestellt werden.

LANGFASSUNG

Forderungen des Bundes der Deutschen Landjugend zur Bundestagswahl 2021

Inhaltsverzeichnis

Politik der ländlichen Entwicklung/ Regionalentwicklungspolitik	10	Agrarpolitik	20
• Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Ländliche Räume	10	• Planungssicherheit für JunglandwirtInnen sorgt für eine progressive Landwirtschaft	20
• Änderung des Grundgesetzes für gleichwertige Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik	10	• Generationenwechsel fördern und Zukunftsorientierung erhöhen	20
• Wer intakte Dörfer möchte, muss ...	10		
Digitalisierung	14	Agrarpolitik: Bereich Ökonomie	21
• Digitalisierung ins Grundgesetz	14	• Unserer Landschaft vor Zersiedelung schützen	21
• Bundesministerium für Digitalisierung	14	• Privilegiertes Bauen verwirklicht Umwelt-, Klima-, und Tierschutz Fortschritten	21
• Digitale Teilhabe für alle und Demokratie im Netz sicherstellen	14	• Landwirtschaft braucht ein gemeinsames, regionales Marketing	22
• Netzneutralität	15	• Direktvermarktung und geschützte Herkunftsbezeichnungen unterstützen	22
• Qualifizierung im Digitalen Zeitalter neu denken	15	• Ziele der Europäischen Agrarpolitik und Standards in der Praxis erreichen	22
Jugendpolitik	16	Agrarpolitik: Bereich Soziales und Umweltschutz	23
• Die Förderung der Jugendverbandsarbeit ist dynamisch zu erhöhen und zu sichern!	16	• Langfristiger Klimaschutz - für JunglandwirtInnen und die Weltbevölkerung essentiell	23
• Unsere Demokratie gegen Extremismus wappnen	16	• Fortschritte in der Tierhaltung geschehen nur mit Beseitigung der Zielkonflikte	23
• Selbstorganisierte Jugendverbandsarbeit bundesweit unterstützen	16	• Wolfsmanagement soll Tierschutz auf die Weide ermöglichen	24
• Echte Jugendtreffs und -begegnungen stabilisieren die Demokratie	17	• Beteiligung von JunglandwirtInnen für zukunftsorientierte Entscheidungen!	24
• Junge Menschen müssen auf Augenhöhe involviert werden!	17	• Neue Inhalte für die zukunftsorientierte Agrarische Bildung	24
• Verbindlicher Jugend-Check für alle Bundesressorts	18	• Mental Health Leistungen stärken	25
• Mittwochs ab 13 Uhr unterrichtsfrei für bürgerschaftliches Engagement!	18	• Digitalisierung in der Landwirtschaft weiterbringen	25
• Generationengerechtigkeit sichern – auch in der Haushaltspolitik	18		
• Verpflichtendes Praxisjahr für Bundestagsabgeordnete	19		
• Untaugliches Bundesreisekostengesetz fürs Land & Jugendarbeit: Reformieren!	19		
• Internationalen Austausch weiterhin sicherstellen!	19		
• Sitz und Stimme für junge Menschen in Rundfunk- und Fernsehbeiräten	19		

Politik der ländlichen Entwicklung/ Regionalentwicklungspolitik

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Ländliche Räume

Der BDL fordert die Erweiterung des BMEL um das Aufgabengebiet „Ländliche Räume“. Dem ist auch im Namen Rechnung zu tragen. Künftig soll das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Ländliche Räume mit eigener/m StaatssekretärIn für die ländlichen Räume Zukunftspolitik fürs Land umsetzen. Aus Sicht des Jugendverbands müssen die ländlichen Räume in der Bundesrepublik, auf Bundesebene und in der Bundesregierung verbindlicher verankert werden. Eine Abteilung in einem Ministerium reicht dafür nicht aus. Um die bestehenden Versorgungslücken zu schließen, Chancenungleichheiten zu beseitigen und die anstehenden Aufgaben zur Entwicklung der ländlichen Räume zu bewältigen, muss das nicht nur über den Namen des Ministeriums nach außen gezeigt werden, sondern auch mit entsprechenden Befugnissen ausgestattet sein.

Änderung des Grundgesetzes für gleichwertige Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik

Egal ob die Menschen in Land oder Stadt, ob in strukturschwachen oder strukturstarken Regionen leben – die Gleichwertigkeit ihrer Lebensverhältnisse ist elementar für unsere demokratische Gesellschaft. Denn mit ihr steht und fällt die Gleichwertigkeit der Chancen für (junge) Menschen in den ländlichen Räumen. Um die dafür nötige langfristige Strukturpolitik zu ermöglichen, muss die Kooperation von Bund und Ländern ermöglicht werden. Daher fordert der BDL Änderungen im Grundgesetz und zwar:

- die Öffnung des Artikels 104c im Grundgesetz (Kooperation von Bund und Ländern)
- die Erweiterung des Artikels 91a im Grundgesetz um das Ziel „Ländliche Entwicklung“. Dieser Artikel schreibt die Grundsätze der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) zwischen Bund und Ländern fest.

Wer intakte Dörfer möchte, muss ...

... Ortskerne beleben!

Der BDL fordert, typische Siedlungsstrukturen und Bauformen in Ortskernen und ländlichen Räumen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Bevor neue Wohngebiete in den ländlichen Regionen ausgewiesen werden, die u.a. die Infrastruktur- und Fixkosten für Straßen, Abwasseranlagen etc. hochtreiben und Naturflächen verschlingen, müssen finanzielle Anreize gesetzt, um bestehende Strukturen zu erhalten und wiederzubeleben.

... Daseinsvorsorge als Ganzes angehen

Die Menschen auf dem Land brauchen eine Grundausstattung zum Leben. Dazu gehören elementare Leistungen wie Wasser und Strom, Internet und Mobilfunk, aber auch die öffentliche Sicher-

heit, Bildungsstrukturen, ärztliche Versorgung und Mobilität etc. für alle in allen Lebenslagen. Diese muss in der öffentlichen Hand bleiben und darf nicht privatisiert werden. Das Maß der Daseinsvorsorge muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren und nicht an der Gewinnmaximierung von Unternehmen, die mit wirtschaftlichen Zwängen begründen, warum einzelne Dörfer oder ländliche Regionen nicht mehr versorgt oder wenig profitable Leistungen aufgegeben werden. Daher fordert der BDL die Grundausstattung der Daseinsvorsorge festzuschreiben und sie unabhängig von der Wirtschaftlichkeit zu garantieren. Das Gemeinwohl muss vor wirtschaftlichen Interessen stehen.

... Arbeitsplätze auf dem Land schaffen

Zukunftsgewandte, klimafreundliche Industrien gehören in die ländlichen Regionen. Der BDL fordert, dass deren Ansiedlung auf dem Land durch den Bund forciert wird. Nachhaltige Unternehmen sollen bei Investitionen in strukturschwachen ländlichen Regionen unterstützt, d.h. öffentlich gefördert werden. Zudem fordert der BDL, die Vergabe öffentlicher Aufträge an klimafreundliche und sozialverträgliche Kriterien zu knüpfen. Ziel muss es sein, mit öffentlichen Geldern nachhaltige Arbeit zu finanzieren.

... Co-Working Arbeitsplätze unterstützen

Nicht nur die Digitalisierung ist eine bedeutende Komponente und Ressource bei der Ansiedlung von Arbeitsplätzen, auch Büro-, Geschäfts- bzw. Arbeitsräume spielen zunehmend eine wichtige Rolle. Daher kann die Unterstützung der Ansiedlung von Co-Working-Spaces gerade in Kommunen dazu beitragen, dass Arbeit auf dem Land attraktiver wird, weniger Pendelverkehr notwendig ist, leerstehende Gebäude umfunktioniert oder wieder genutzt werden bzw. gewerblicher Raum für Handwerk sowie Klein- und Mikrogewerbe erschwinglich bleibt. Der BDL fordert daher die Förderung von Modellprojekten im Sinne von Startschussaktionen zum Einstieg in Co-Working-Konzepte für Kommunen in den ländlichen Regionen.

... regionale Produktion verstärkt unterstützen

Die Struktur der regionalen Produktion muss stärker unterstützt werden, um Unternehmen mit Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft vor Ort zu halten und ihre Ansiedlung zu fördern. Die Erfahrungen der Corona-Pandemie haben gezeigt, wie wichtig die regionale und nahe Versorgung in Krisenfällen ist. Diese muss Startups sowie agrarische und handwerkliche UnternehmerInnen einbeziehen. Die Versorgung staatlicher Institutionen muss überwiegend mit regionalen und saisonalen Produkten erfolgen. Der BDL fordert die EntscheidungsträgerInnen in der Politik auf, beim Einkauf der Produkte auf Regionalität und Produkte mit geschützter Herkunft zu achten und diese zu bevorzugen.

... Engagement fördern

Der BDL fordert Engagementbeauftragte auf Landkreisebene in jeder Region zur Förderung und Unterstützung ehrenamtlichen Engagements. Ausgestattet mit Regionalbudgets und verbunden mit bestehenden regionalen Planungsinstrumenten sollen sie vorhandene Potenziale und Strukturen unterstützen und fördern, Beratungs- und Qualifizierungsangebote entsprechend den Bedürfnissen und Interessen der unterschiedlichen Vereine, Verbände und Initiativen anbieten, Austausch und Vernetzung fördern, die Engagementlandschaft regelmäßig analysieren und die weitere Entwicklung voranbringen.

... bundesweite gesetzliche Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Regionalentwicklung schaffen

Die Entwicklung der ländlichen Räume darf nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden. Die regionalen Maßnahmen zur Gestaltung des demographischen Wandels, insbesondere in den ländlichen Räumen, benötigen bestimmte gesetzliche Rahmenbedingungen. Ganz gleich, ob es um das zivilgesellschaftliche Engagement, berufliche Hilfen, Wirtschaftsentwicklung und Unterstützung für Familien geht, institutionalisierte Regionalentwicklung ist für die Gestaltung der demografischen Prozesse in den ländlichen Räumen essentiell. Aus diesem Grund fordert der BDL für die Umsetzung von Regionalentwicklung und die Schaffung gesetzlicher bundesweiter Rahmenbedingungen analog der Jugendhilfeplanung in der Jugendhilfe.

... für die gerechte Einbeziehung ländlicher Regionen in Förderprogrammen des Bundes sorgen

„Ländliche Regionen“ müssen als Kategorie in die Förderprogramme des Bundes aufgenommen werden, damit sie insbesondere bei Infrastrukturförderprogrammen partizipieren können. Da Politik meist in Städten gemacht wird, von Menschen mit städtischem Erfahrungswissen, sind Förderprogramme des Bundes oft auf Städte fokussiert, so dass der Verstärkung Vorschub geleistet wird. Zudem werden bei Förderprogrammen derzeit insbesondere strukturschwache Gemeinden strukturell benachteiligt. Bundesmittel werden nicht abgerufen oder genutzt, weil es an der Beteiligung der Länder mangelt oder Eigenmittel gefordert sind, die schlichtweg nicht zur Verfügung stehen. Daher sollten für ländliche und strukturschwache Regionen bei der Ausgestaltung von Förderprogrammen Sonderregelungen gelten wie bspw. den Eigenanteil auch durch Sach- oder Personalleistungen erfüllen zu können, mehrere Förderprogramme kombinieren zu dürfen oder eine Beratung in Anspruch nehmen zu können, die sie bei der Auswahl, Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln unterstützt. Förderprogramme müssen zwischen den verschiedenen Ressorts und zwischen Bund, Ländern und der EU besser untereinander abgestimmt und koordiniert werden, um mehr, bessere und nachhaltigere Wirkung zu entfalten.

... die Forschung in den ländlichen Regionen verstärken

Menschen in den ländlichen Räumen und die Bedingungen vor Ort müssen stärker bei der Forschung berücksichtigt bzw. die Parameter entsprechend angepasst werden, um faktenbasierte Informationen und Vorlagen auch auf regionaler Ebene zur Verfügung stellen zu können.

... Treffpunkte fürs Dorf erhalten

Ohne Dorfleben, keine Dorfgemeinschaft, ohne gemeinsame Treffpunkte, weniger Miteinander. Angesichts der stetigen Abnahme und Veränderung der Freizeitangebote in den ländlichen Räumen fordert der BDL eine verstärkte Unterstützung von Treffpunkten fürs Dorf. Vom Kino bis zum Wirtshaus, von der Kegelbahn bis zum Jugendtreff – (junge) Menschen brauchen diese Anlaufpunkte, um sich mit ihrem Dorf zu identifizieren und sich für ihre Heimat zu engagieren.

... für verkehrsträgerübergreifenden ÖPNV sorgen

Gerade junge Menschen sind auf einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr mit hoher Taktung auch in den Randzeiten und überregionale, übersichtlich gestaltete Ticketsysteme angewiesen, allein schon um die Wege zu Schulen, weiterführenden Schulen, Berufsschulen und Ausbildungsstätten zurücklegen zu können. Daher fordert der BDL:

- intelligente, digitale, jugendgerechte und verkehrsträgerübergreifende (öffentliche und private) Mobilität. Das schließt den Ausbau der Anbindung ländlicher Regionen an Ballungszentren ein
- ein Bildungsticket, das rund um die Uhr für ein Jahr Gültigkeit hat und für SchülerInnen, Auszubildende, Freiwilligendienstleistende und InhaberInnen der Juleica gilt
- Gültigkeit des Tickets durch eine überregionale Vernetzung von Verkehrsverbänden oder gesetzliche Regelung bundesweit sicherzustellen
- die Anbindung ländlicher Regionen an Ballungszentren auszubauen und die Taktfrequenz zu erhöhen
- Fahrradwege auszubauen und die Sicherheit auf Fahrradwegen zu erhöhen (bspw. Durch Beleuchtung und Abstand zum Straßenverkehr)
- Auf Gebühren für die Mitnahme von Fahrrädern in Bussen und Bahnen zu verzichten
- Haltestellen und Verkehrsmittel barrierefrei zu gestalten
- WLAN an Haltestellen und in Bussen und Bahnen einzurichten
- den ÖPNV durch Sharing-Angebote sinnvoll zu ergänzen (Fahrrad, PKW, Roller etc.)
- stillgelegte Strecken auf Wiedereröffnung zu prüfen
- Nachtbusse – mindestens am Wochenende – auch in ländlichen Regionen sicherzustellen

Digitalisierung

Digitalisierung ins Grundgesetz

Nur wenn die Digitalisierung grundgesetzlich festgeschrieben ist, lassen sich die nötigen Strukturen schaffen, die eine moderne Demokratie braucht. Der gesetzliche Anspruch auf digitale Beteiligung, digitale Grundversorgung und entsprechende Rechte, muss dort grundlegend verankert werden.

Bundesministerium für Digitalisierung

Der BDL fordert ein Bundesministerium für Digitalisierung, um ressortübergreifend mit eigener Hausmacht und Etat die Strukturen und Kompetenzen für die Digitalisierung der Gesellschaft zu schaffen. Derzeit liegt Deutschland im digitalen EU-Vergleich (Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft [DESI] für 2020 misst Konnektivität, digitale Kompetenzen, Nutzung des Internets, Digitalisierung der Unternehmen und digitale öffentliche Dienste) auf Platz zwölf. Deutschland muss hier ins obere Drittel gelangen, um seiner Verantwortung gerecht zu werden.

Die Hauptaufgaben des Ministeriums müssen weiterhin, aus BDL-Sicht, sein:

- Digitale Strukturen flächendeckend ausbauen: 100% 4G in 2022, 100% 5G in 2030, 100% Glasfaser in 2030 Deutschland. Betrachtet man die Abdeckung der Netze mit sehr hoher Kapazität liegt Deutschland [Quelle Desi 2020] EU-weit auf Rang 21 und damit unter dem EU-Durchschnitt. Das muss sich ändern.
- Flächendeckende Vermittlung digitaler Kompetenzen vorantreiben
- Potenziale der Digitalisierung in zuständige Ministerien vermitteln (z.B. ÖPNV)
- Entwicklung des E-Government vorantreiben: Hinsichtlich der digitalen, öffentlichen Dienste hinkt Deutschland sehr deutlich hinterher und liegt abgeschlagen auf dem 21. Platz [Quelle Desi 2020]
- Experimentierklauseln in Verwaltung ermöglichen und mit Teilbereichen (weniger sensiblen, brisanten Daten) neue digitale Wege ausprobieren können
- Austausch zu Digitalisierungsprozessen/-projekten länder- und ressortübergreifend ermöglichen und Zeitressourcen dafür zur Verfügung stellen/honorieren

Digitale Teilhabe für alle und Demokratie im Netz sicherstellen

Algorithmen bestimmen was wir in den Sozialen Medien angezeigt bekommen. Eine ausgewogene Darstellung von politischen oder gesellschaftlichen Entwicklungen, die verschiedene Perspektiven berücksichtigt, ist dabei nicht sichergestellt. Algorithmen zeigen vielmehr Inhalte an, die dem ähneln, was man bereits gesehen hat. Gerade die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Perspektiven zu einer gesellschaftlichen Fragestellung ist jedoch enorm wichtig für die Entwicklung

einer eigenen Meinung und dem demokratischen Aushandlungsprozess. Außerdem muss es allen möglich sein, sich einerseits sicher und andererseits frei im Netz bewegen zu können. Daher fordert der BDL u.a.:

Netzneutralität

- Digitale Grundversorgung als Grundrecht verankern
- Digitale Teilhabe für alle sicherstellen
- in Aushandlung mit den Digitalunternehmen und der Zivilgesellschaft normative Standards für Algorithmen und eine demokratiefördernde Internet-Infrastruktur festlegen.

Qualifizierung im Digitalen Zeitalter neu denken

Die Digitalisierung muss dringend auch im Bereich Lernen Einzug halten. Die Erfahrung aus der Wissensvermittlung während der Corona-Pandemie gilt es nun in die Praxis zu überführen und Lernen endlich grundsätzlich neu zu denken. Die Konzepte dafür liegen bereits vor, nur sind die Strukturen und Entscheidungsprozesse zu behäbig. Qualifizierung und Bildung darf weder vom Bundesland noch vom Geschlecht oder Elternhaus abhängig sein. Alle in Deutschland müssen gleichen Zugang zu vielfältigen, ansprechenden, guten und modernen, formalen und non-formalen Bildungsangeboten haben. Es muss einerseits Vergleichbarkeit hergestellt werden, andererseits müssen Experimentierfelder möglich sein und gleichzeitig braucht es Austausch darüber, was läuft gut und was nicht. Es gilt in allen Lern- und Bildungsbereichen die Perspektive der Lernenden einzunehmen und insbesondere in der Schule von den Schülerinnen und Schülern ausgehend zu denken. Die künftige Alltags-, Lebens- und Berufswelt braucht kompetenzbasiertes Lernen und Lehren. Bildung ist als Rohstoff zu verstehen, der nur geschürft werden kann, wenn sich alle gleichsam in Deutschland bestmöglich entfalten können. Damit der Weg endlich beschritten wird, ist es Bund und Ländern gemeinschaftlich getragene, konzertierte Aktion nötig. Daher fordert der BDL, dass der Bund das Heft für die Digitalisierung der Bildungs- und Qualifizierungslandschaft in die Hand nimmt!

Es braucht Mut, neue Wege zu beschreiten. Die Digitalisierung ist aus Sicht des BDL eine große Chance, unsere Gesellschaft in die Zukunft zu führen. Zu Digitalkompetenz gehört auch, die Angst vor dem digitalen Wandel der Gesellschaft zu nehmen und die Annäherung an technische Neuerungen zu fördern. Dabei ist der Umgang mit digitalen Tools und Medien zu lernen und zu lehren. Verschwörungsmythologien und ‚Fake News‘ sind Auswüchse der digitalen Kommunikation, die Angst vergrößern. Dem gilt es, sich entgegenzustellen. Wir brauchen Beratung, Begleitung und Übung für den Umgang mit Informationen; Wissen und Kompetenz, um Informationen selbst zu nutzen, zu bearbeiten, zu erzeugen oder zu verbreiten. Medienkompetenz brauchen heute alle! Die vielen guten Einzelprojekte müssen vernetzt werden und bundesweit sichergestellt sein, dass sich alle Digital- und Medienkompetenzen aneignen können.

Jugendpolitik

Die Förderung der Jugendverbandsarbeit ist dynamisch zu erhöhen und zu sichern!

Demokratieförderung und politische Bildung finden in Jugendverbänden tagtäglich und auf allen Ebenen des föderalen Systems statt. Das Wirken selbstorganisierter Jugendverbände ist für unsere lebendige Demokratie von unschätzbarem Wert. Für die ehrenamtlich getragenen Verbände im Bundesgebiet sind verbindliche und langfristige Strukturen unerlässlich. Sie können nur durch eine solide und verlässliche Förderpolitik gewährleistet werden. Gute Jugendpolitik ist also verlässliche und solide Förderpolitik.

Die Förderung der Jugendverbände ist auf Dauer sicherzustellen. Entsprechende Maßnahmen wie die Verstetigung und Überjährigkeit der KJP-Förderung in der mittelfristigen Finanzplanung sind einzuleiten. Als Maßstab für die dynamische Entwicklung der Förderung ist ein angemessener Preisindex des statistischen Bundesamtes anzuwenden. Aufgrund der geringen Gesamthöhe der Förderung der Jugendverbandsarbeit im Vergleich zur Gesamtgröße des Bundeshaushalts, sollte Jugendverbandsarbeit bei Erhöhungen, Vorrangung und bei Einsparungen im Haushalt, subsidiär behandelt werden.

Unsere Demokratie gegen Extremismus wappnen

Rechtsextremismus, Rassismus, Diskriminierung, demokratie- und menschenfeindliche Tendenzen ist entschieden entgegen zu treten. Daher fordert der BDL ein Demokratiestärkungsgesetz bzw. die grundsätzliche Förderung von Demokratiebildung auf Bundesebene zu verankern. Damit soll die Zivilgesellschaft bei der Auseinandersetzung mit und der Intervention gegen Rassismus sowie Rechtsextremismus Unterstützung erhalten und die Demokratie, Menschenrechte und Akzeptanz einer vielfältigen Gesellschaft grundsätzlich gefördert werden.

Der BDL fordert eine dauerhafte Förderung für Maßnahmen in diesem Aufgabenfeld, die Verringerung des Verwaltungsaufwandes bei Beantragung und Abrechnung und die Beteiligung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft bei der Entwicklung und Durchführung des Programms. Weitere Formate wie präventive Maßnahmen zur Bekämpfung der demokratie- und menschenfeindlichen Formen, Beratung und Unterstützung von Betroffenen, von Straf- und Gewalttaten, Beratung und Unterstützung beim Umgang mit rassistischen und rechtsextremen Erscheinungsformen und Tendenzen und der Ansatz der mobilen Beratung sind dauerhaft auf Bundesebene zu fördern. Der BDL fordert dazu auf, in der nächsten Legislaturperiode zügig ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das eine dauerhafte Bundesförderung ermöglicht und künftig zusätzliche Mittel im Bundeshaushalt zu diesem Zweck einzuplanen.

Selbstorganisierte Jugendverbandsarbeit bundesweit unterstützen

Offene Jugendarbeit, insbesondere in Selbstverwaltung, ist ein besonderes Angebot von Jugend-

verbänden, vor allem in Ostdeutschland und immanenter Bestandteil der sozialen Infrastruktur für junge Menschen in den ländlichen Räumen. Im Kinder- und Jugendplan des Bundes sollten daher sowohl finanzielle als auch förderrechtlich verbesserte Anknüpfungsmöglichkeiten an die bundeszentrale Infrastruktur der Jugendverbände geschaffen werden.

Echte Jugendtreffs und -begegnungen stabilisieren die Demokratie

Gerade der Digitalisierungsschub im Zuge der Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass digitale Angebote „echte“ Treffen zwar unterstützen können, aber nicht ersetzen. Die Sachorientierung und Geselligkeit, der direkte lokale Bezug und die direkte Betroffenheit bei Entscheidungsprozessen sowie die Selbstverwaltung kommen nur in menschlichen Präsenzbegegnungen wirklich zum Tragen. Zu gleichem Ergebnis kommt auch der Dritte Engagementbericht einer unabhängigen Kommission. Der Bericht attestiert Jugendverbandsarbeit, dass nur dort in jungen Jahren Demokratie erlernt und direkt erlebt werden kann. Digitale Angebote bieten einen ergänzenden Erfahrungsraum für Demokratieerfahrungen, wie die Erfahrung von Selbstwirksamkeit in Meinungs- und Abstimmungsprozessen und befördern die Herstellung von Öffentlichkeit und Transparenz.

In der Weiterentwicklung und Ausgestaltung von Förderpolitik dürfen echte Kontakte und ergänzende digitale Angebote nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen als sich ergänzende Erfahrungswelten zur Stabilisierung unserer Demokratie verstanden und gefördert werden.

Junge Menschen müssen auf Augenhöhe involviert werden!

In jeder Kommission und jedem Gremium und immer, wenn gesellschaftliche Verständigungs- und Entwicklungsprozesse ausgehandelt werden, müssen angemessene Formate der Beteiligung für junge Menschen implementiert werden. Sei es in der Rentenkommission, den Rundfunk- und Fernsehbeiräten, Runden Tischen u.a. – es werden Weichen für die künftige Gestaltung unserer Gesellschaft gestellt deren Fundament künftig von den heutigen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen getragen werden soll und muss. Daher sind sie zwingend und ausnahmslos nicht nur anzuhören, sondern auch mit eigener Stimme und Entscheidungsmacht zu beteiligen. Der BDL fordert Kinderrechte endlich im Grundgesetz zu verankern!

Argumente, die der jungen Generation vermeintlich mangelndes Verständnis oder Wissen unterstellen, sind lediglich ein Vorwand, Inhalte nicht ausführlicher darstellen zu wollen oder zu können. Politik fängt bereits mit der Sprache und am Küchentisch an und hört bei der Höhe von Rentenversicherungsbeiträgen längst noch nicht auf. Jugendliche und junge Erwachsene zu beteiligen, ist entscheidend für die Stabilisierung und Absicherung unserer Demokratie.

Dazu gehört auch, eine verlässliche Strukturförderung für politische Bildung und die Forschung dazu auf- und auszubauen. Politische Bildung muss in allen Schulfächern mitgedacht werden,

nicht nur einmal pro Woche in der letzten Stunde. Politische Bildung findet auch in der Familie, im Kindergarten, Hort, jedem Verein, im Berufsleben und im Ehrenamt statt.

Politik selbst muss sich stärker erklären und transparent Entscheidungsprozesse und deren Grundlagen darstellen – nicht nur für oder gegenüber der jüngeren Generation. Es ist ein Wandel der politischen Kommunikation erforderlich der einerseits deutlich macht, dass alle politischen Amtsträgerinnen und Amtsträger auch “nur” Menschen sind und andererseits darstellt, auf welcher Basis wer welche Entscheidungen trifft oder treffen darf.

Verbindlicher Jugend-Check für alle Bundesressorts

Um grundsätzlich sicherzustellen, dass heutige Entscheidungen generationengerecht gefällt werden, setzt sich der BDL dafür ein, den bereits installierten Jugend-Check verpflichtend für alle Ressorts und Gesetzgebungsprozesse einzuführen, auszubauen und weiterzuentwickeln. Der bereits in Teilen gelebte Jugend-Check muss verpflichtend auf alle Bundesressorts ausgeweitet werden und frühzeitig in die Erarbeitung von Gesetzen oder Ausführungsbestimmungen einbezogen werden. Gesetzgebung ist für Jahre gedacht und muss daher künftige Generationen im Blick halten und im Sinne der Nachhaltigkeit schützen.

Mittwochs ab 13 Uhr unterrichtsfrei für bürgerschaftliches Engagement!

Die zeitliche Einschränkung junger Menschen durch G8 und Ganztagschulen lassen ehrenamtlich getragene Vereine und Verbände weiterhin ausbluten. Dies gilt besonders für junge Menschen in ländlichen Regionen, wo zusätzlich lange Fahrtzeiten hinzukommen. Der BDL fordert daher, dass der Mittwochnachmittag unterrichts-, projekt- und hausaufgabenfrei sein soll, damit Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende Zeit haben, sich freiwillig zu engagieren. Nachweislich rund 44 Prozent der Wohnbevölkerung in Deutschland engagieren sich freiwillig – mit steigender Tendenz. Noch dazu hat jede und jeder Zweite der Nichtengagierten Interesse sich künftig gesellschaftlich zu engagieren. Die Bundesrepublik Deutschland benötigt dieses Engagement und das damit verbundene informelle Lernen.

Generationengerechtigkeit sichern – auch in der Haushaltspolitik

Angesichts der notwendigen Aufnahme neuer Kredite aufgrund des wirtschaftlichen Einbruchs im Zuge der Corona-Pandemie setzt sich der BDL dafür ein, beim Schuldenabbau vorrangig diejenigen heranzuziehen, die von den Krediten profitiert haben bzw. gefördert wurden. Der Zeitraum für den Schuldenabbau darf gleichzeitig nicht zu eng gefasst werden, damit er wirtschaftlich und sozial "ertragbar" bleibt. Die Einsparungen dürfen jedoch nicht an der Zukunft der Gesellschaft, der Kinder und Jugendlichen, erfolgen – sonst entziehen wir der Zukunft bereits heute die notwendige Grundlage für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft.

Verpflichtendes Praxisjahr für Bundestagsabgeordnete

Wer fordert, dass junge Menschen sich verpflichtend engagieren, sollte auch ein Pflichtjahr für Bundestagsabgeordnete fordern. Ansonsten kann und darf jeder der alt genug ist, er/sie sich auch für den Bundestag aufstellen lassen und als KandidatIn bei der nächsten Bundestagswahl antreten.

Untaugliches Bundesreisekostengesetz für Jugendarbeit & ländliche Räume: Reformieren!

Die Ermessensspielräume des Bundesreisekostengesetz (BRKG) sind beim Einsatz bei freien Trägern der Jugendhilfe dringend zu erweitern. Das BRKG ist auf Behörden zugeschnitten und passt daher in weiten Teilen nicht auf die fachlichen Notwendigkeiten und realen Gegebenheiten von bundesweit agierenden Verbänden und Trägern, die förderrechtlich ebenfalls an diese Gesetzgebung gebunden sind. Insbesondere den Mobilitätsanforderungen bundesweiter Vernetzung in und aus den ländlichen Regionen trägt das BRKG in seiner derzeitigen Fassung kaum Rechnung.

Internationalen Austausch weiterhin sicherstellen!

Internationaler Austausch und interkulturelles Lernen verändern sich durch globale, nationale und auch regionale politische Entwicklungen ständig. Die AkteurInnen der Kinder- und Jugendarbeit und der internationalen Austausche setzen sich fortwährend damit auseinander und passen ihre Tätigkeit den sich wandelnden politischen Realitäten an. Sie nehmen Impulse auf, wie z.B. in der Corona-Krise und den damit verbundenen Reisebeschränkungen in besonderem Maße deutlich wurde, und setzen selbst Zeichen. Zugleich schaffen sie echte Austausch Erfahrungen, die den Teilnehmenden von internationalen Begegnungen als lebenslange Erfahrungen in Erinnerung bleiben. Daher fordert der BDL die Absicherung der Träger der internationalen Jugendarbeit sowie mehr Wertschätzung des internationalen Jugendaustausches durch Gesellschaft und Politik. Der BDL betont die hohe Bedeutung grenzüberschreitender Mobilitätserfahrungen. Die zentrale Herausforderung des Jugendalters bleibt die Herausbildung einer eigenen Identität und die Verortung in der Gesellschaft. Sich dafür mit anderen Verhaltensweisen, Gesellschaften, Kulturen und Ländern auseinandergesetzt zu haben, ist ein wichtiges Gut und ein Wert an sich.

Sitz und Stimme für junge Menschen in Rundfunk- und Fernsehbeiräten

Fernseh- und Rundfunkbeiräte sind die oberste Kontrollinstanz, wenn es um die Programme der Öffentlich-rechtlichen Sender geht. Wir fordern Sitze und Stimme für die junge Generation (wie z.B. Vorsitzende von Jugendverbänden) in den Aufsichtsgremien, die Programmvielfalt und ihre Zukunftsfähigkeit sichern. Junge Menschen stellen einen großen Teil der Bevölkerung dar. Ihre Interessen dürfen nicht vernachlässigt werden. Angesichts der neutralen Rolle, die unabhängiger Hörfunk und Fernsehen in der Demokratie spielen, darf es in den Beiräten keine unsichtbare Altersgrenze geben. Der BDL fordert, junge Menschen durch mandatierte VertreterInnen ständig an Rundfunk- und Fernsehbeiräten zu beteiligen und die dafür nötigen gesetzlichen Regelungen einzuführen.

Agrarpolitik

Planungssicherheit für JunglandwirtInnen sorgt für eine progressive Landwirtschaft

JunglandwirtInnen sind die Zukunft unserer Landwirtschaft. Um Betriebe unter allen Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit (also Ökonomie, Ökologie und Soziales) in die Zukunft zu führen, müssen sie Entscheidungen treffen. Doch dafür sind klare Vorgaben und verlässliche Rahmenbedingungen unerlässlich.

Die jetzige Situation in der Landwirtschaft weist eine riskante Planungsunsicherheit auf, verursacht durch das Handeln vieler Akteure – insbesondere von Politik und großen Akteuren an den Märkten, aber auch durch veränderte gesellschaftliche Anforderungen und erhöhten Produktionskosten. Entscheidungen in der Landwirtschaft sind Entscheidungen für Generationen, oftmals geprägt von großen Investitionssummen und langer Bindung. Diese können nicht von heute auf morgen umgekehrt werden.

Deshalb fordert der BDL, dass das Handeln der Politik auf eine Zunahme von Volatilität geprüft wird und damit Planungssicherheit und Bindefristen für gesetzliche Regelungen einen zentralen Stellenwert einnehmen. Zeitliche Fristregelungen sollten dabei an die Abschreibungsfristen der Steuergesetzgebung angelehnt werden. Der BDL fordert von der Politik einen Volatilitätscheck für gesetzliche Regelungen und Maßnahmen.

Generationenwechsel fördern und Zukunftsorientierung erhöhen

Der Grad an Hofnachfolgen und Hofübergaben ist entscheidend für die Zukunft des Agrarstandorts und des Agrarsektors Deutschland. Ohne JunglandwirtInnen gibt es keine Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland. Wir sind bereit unser zukunftsorientiertes Wissen und progressive Vision für die Landwirtschaft einzubringen. Frühzeitige Hofübergaben zu einem Zeitpunkt, an dem Rentabilität und Zukunftsfähigkeit in hohem Maße vorhanden sind, liegen deshalb auch im Interesse aller BürgerInnen der Bundesrepublik Deutschland. Daher müssen endlich entsprechende fiskalische Anreize zur Hofübergabe geschaffen, bereits vorhandene Instrumente ausgebaut, in einem Konzept zusammengeführt und zur verpflichtenden Anwendung gebracht werden.

Ergänzend und unterstützend dazu, fordert der BDL die JunglandwirtInnenförderung auszubauen und jedem/r JunglandwirtIn in Deutschland zugänglich zu machen. Konkret fordert er die Verwendung von mindestens zwei Prozent der nationalen Mittel, der ersten Säule der GAP, für die Förderung von JunglandwirtInnen, da Existenzgründungen und Betriebsübergaben mit hohen Kosten z.B. für Gutachten und Notar verbunden sind. Außerdem fordert der BDL, die bereits bestehende JunglandwirtInnenförderung in der zweiten Säule weiterhin in der GAP zu verankern und auszubauen. Deren Aufgabe muss es sein, größere Investitionen zu fördern. Der BDL fordert eindringlich, dass föderale Unterschiede zwischen Bundesländern hinsichtlich der Handhabung und Ausstat-

tung der JunglandwirtInnenförderung ausgeglichen werden, so dass alle gleiche wirtschaftliche Bedingungen haben. Das betrifft insbesondere die Umsetzung und die Kofinanzierung von Maßnahmen, die derzeit höchst unterschiedlich gehandhabt werden.

Agrarpolitik: Bereich Ökonomie

Unserer Landschaft vor Zersiedelung schützen

Die begrenzende Ressource „Boden“ wird durch Wohn-, Gewerbe- und Industriebebauung zunehmend versiegelt oder als Ausgleichsmaßnahme genutzt und somit für den landwirtschaftlichen Nutzen unbrauchbar gemacht. Dieser Flächenverbrauch erzeugt einen zusätzlichen Druck auf den Bodenmarkt. Somit übt dieser einen erheblichen Kostendruck auf die landwirtschaftlichen Betriebe aus. Für viele JunglandwirtInnen sind Zugang zu Land und Erhalt, der momentanen Höhe der Flächenbewirtschaftung im Betrieb, eine große Herausforderung. Der bundesdeutsche Flächenverlust entspricht zurzeit etwa 60 Hektar pro Tag! Das Regierungsvorhaben, den Flächenverbrauch zu verringern, wurde in der Vergangenheit nicht erreicht. Das ist jedoch für die Existenz der JunglandwirtInnen essentiell. Außerdem ist der Erhalt der Landschaft und Dorfstruktur elementar für die Lebensqualität in ländlichem Raum.

Um auch zukünftig den Produktionsfaktor „Boden“ zu erhalten und damit die heimische Produktion von Lebensmitteln zu gewährleisten, fordert der BDL stärker auf die Umnutzung von Flächen zu setzen, Industriebrachland zu rekultivieren bzw. neu zu bebauen.

Im Zusammenhang mit dem Flächenverbrauch spielen auch Ersatzmaßnahmen für Bebauungen und Ausgleichsflächen eine große Rolle. Hier müssen Lösungen gemeinsam mit der Landwirtschaft gefunden werden. Ansätze könnten dabei z.B. auch die bevorzugte Verwendung ertragschwächerer Standorte sein oder die Aufwertung bestehender Ausgleichsflächen. Der Kauf von landwirtschaftlichen Flächen durch außerlandwirtschaftliche Personen und Unternehmen muss unterbunden, das Vorkaufsrecht für Landwirte erhalten bleiben.

Privilegiertes Bauen verwirklicht Umwelt-, Klima-, und Tierschutz Fortschritten

Die langwierigen Genehmigungsverfahren bei landwirtschaftlichen Bauvorhaben bremsen Innovation, Betriebsentwicklung und verbesserten Umwelt- und Tierschutz aus. Für JunglandwirtInnen und JungwinzerInnen ist oft die Investition in neue Bauten ein Grundstein für ihre Zukunft! Darum fordert der BDL vereinfachte Bewilligungsvorgänge für umwelt- und tierschutzrelevante Baumaßnahmen; ohne sie führt es zu Zielkonflikten zwischen Umwelt- und Tierschutzgesetze und Bewilligungsvorgänge für Baumaßnahmen. Dazu gehört auch unbedingt die Beibehaltung des privilegierten Bauens im Außenbereich für LandwirtInnen.

Landwirtschaft braucht ein gemeinsames, regionales Marketing

Deutsche Lebensmittel sind weit über das europäische Maß hinaus qualitativ hochwertig, fachlich kompetent erzeugt, sicher und bezahlbar. Diese Produkte stehen jedoch im Wettbewerb mit Produkten, die nicht den Produktionsstandards der deutschen Lebensmittel entsprechen. Dafür braucht es ein gemeinsames Marketing, das regionale Besonderheiten aufnimmt. Die deutsche Weinbranche hat mit dem Deutschen Weininstitut schon seit 1961 ein Gemeinschaftsmarketing, welches über einen Stabilisierungsfond finanziert wird. Der BDL fordert die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für die Finanzierung von Agrarmarketing für alle Branchen zur Absatzförderung.

Direktvermarktung unterstützen und Kampagnen der geschützten Herkunftsbezeichnungen ausbauen

Direktvermarktung ist elementar für die regionale Produktion. Deswegen benötigen regionale Unternehmerinnen, insbesondere JunglandwirtInnen und JungwinzerInnen, Unterstützung bei der Direktvermarktung durch erleichterte, national einheitliche Bedingungen z.B. zur Aufstellung von Verkaufsautomaten oder beim Bau von Verkaufsräumen. Die Direktvermarktung unterstützt auch die Betriebsdiversifizierung oder die Gründung neuer landwirtschaftlicher Unternehmen. Der BDL fordert daher die Politik auf, Kampagnen der geschützten Herkunftsbezeichnungen auszubauen. Außerdem fordert der BDL gesetzliche Rahmenbedingungen, die ein Preisdiktat bei Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch den Lebensmitteleinzelhandel verhindern.

Ziele der Europäischen Agrarpolitik und Standards in der Praxis erreichen

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) mit ihren zwei Säulen ist für unsere JunglandwirtInnen derzeit unabdingbar. Zum einen stellt sie eine wichtige Stütze in der Einkommenssicherung der Landwirtschaft dar und sichert zum anderen die Umsetzung relevanter Umwelt- und Tierschutzleistungen. Die gesellschaftlichen Forderungen nach mehr Umwelt-, Tier- und Klimaschutz erhalten immer größeren Einzug in die GAP und steigern die Anforderungen an die Landwirtschaft. Zusätzlich werden neue Strategien, wie der Green Deal oder die Farm-to-Fork Strategie, verabschiedet. Hier gilt es wissenschaftlich fundierte Maßnahmen mit ökologischer Wertigkeit in die GAP aufzunehmen und nicht zweigleisig zu fahren. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, fordert der BDL, das Finanzvolumen der europäischen Agrarpolitik zu erhalten.

Das derzeitige Zwei-Säulen-System der GAP zeigt in verschiedenen Bereichen nachweisliche Schwächen, deshalb strebt der BDL langfristig eine grundsätzliche Diskussion zur Neugestaltung der Europäischen Agrarpolitik an. Unsere JunglandwirtInnen wollen den Wandel mitgestalten und sind bei entsprechender Entlohnung bereit, Umweltleistungen im Rahmen der GAP zu erbringen. Dazu muss das Geld auch weiterhin der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

Auf europäischer Ebene gibt es nur wenige einheitliche Regelungen, auch, unter anderem, für die Tierhaltung. Dies verzerrt den Wettbewerb und benachteiligt jene JunglandwirtInnen und JungwinzerInnen in den EU-Mitgliedsstaaten, in denen verstärkt auf Umwelt-, Klima- und den Tierschutz geachtet wird. Wenn aus wirtschaftlichen Gründen einzelne Produktionsschritte in andere EU-Staaten verlagert werden, ist dies weder im Sinne des Umwelt-, Klima-, und Tierschutzes noch im Interesse der JunglandwirtInnen und JungwinzerInnen. Deswegen fordert der BDL möglichst europaweite Lösungen als Ziel. So lässt sich vermeiden, dass einige Landwirtschaftssektoren ins Ausland abwandern bzw. Lebensmittel importiert werden müssen.

Agrarpolitik: Bereich Soziales und Umweltschutz

Langfristiger Klimaschutz ist für JunglandwirtInnen elementar und die Weltbevölkerung essentiell

Die Landwirtschaft bekommt schon heute Folgen des Klimawandels zu spüren, Wetterextreme, wie Dürren und Starkregen, nehmen zu. JunglandwirtInnen und JungwinzerInnen sind sich ihrer Verantwortung für das Klima bewusst und als Basis ihres Handelns ist der Erhalt von intaktem Klima für sie elementar! Maßnahmen wie integrierter Pflanzenschutz sind gängiger Alltag als Beitrag der JunglandwirtInnen zum Klimaschutz, denn keine andere Branche ist so abhängig vom Wetter wie die Landwirtschaft. Damit unsere JunglandwirtInnen noch zielgerichteter Klimaschutz betreiben können, fordert der BDL die Anerkennung und Förderung von geeigneten Maßnahmen. Dazu gehört der Anbau von Eiweißpflanzen, die Speicherung von CO₂ im Boden und der Einsatz von Smart Farming genauso dazu, wie die Gewinnung von Erneuerbaren Energien. Außerdem fordert er die Etablierung einer Klimaberatung für Betriebe, um die Effizienz der Klimaschutzmaßnahmen zu erhöhen und neue Potentiale aufzuzeigen.

Bei Erneuerbaren Energien gilt es, das Erneuerbare-Energien-Gesetz praktikabel für die Zukunft zu entwickeln und schon vorhandene Anlagen weiter zu nutzen. Eine wichtige Rolle in Bezug auf die Erneuerbaren Energien spielen fehlende Speicherkapazitäten. Als Folge bleibt produzierter Strom teilweise ungenutzt. Darum fordert der BDL, den Ausbau von Speicherkapazitäten für Erneuerbare Energien zu fördern. Je besser die Speicherkapazitäten ausgebaut werden können, umso attraktiver wird es für JunglandwirtInnen, in den Betriebszweig Erneuerbare Energien einzusteigen, ihn zu erhalten und zu investieren. Zusätzlich fordert der BDL, dass die Wertschöpfung für erneuerbare Energien über alle Energieformen hinweg, auch am Standort der Entstehung der Energieform, zu versteuern ist.

Fortschritte in der Tierhaltung geschehen nur mit Beseitigung der Zielkonflikte

Umweltschutz und Tierwohl – diese zwei Ziele prägen die Zukunft der Tierhaltung und stehen sich oft in einem Zielkonflikt gegenüber. Dabei sind beispielsweise die Forderung nach einem erhöhten Platzangebot, mehr Bewegungsmöglichkeiten und einer Außenklimahaltung nicht konform mit

der Verringerung von Emissionen in die Umwelt. Hinzu kommt, dass Vorgaben aufgrund konkurrierender Ziele zwischen Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, Schweinehaltungshygieneverordnung und Bundes-Immissionsschutzgesetz nur schwer eingehalten werden können.

Um den JunglandwirtInnen Planungssicherheit zu bieten, braucht es ein ganzheitliches Konzept der zukunftsorientierten Tierhaltung in Deutschland. Der BDL fordert in diesem Sinne die Bundesregierung auf, bestehende Gesetze, Gesetzesinitiativen und -änderungen auf Zielkonflikte zwischen Umwelt-, Klimaschutz und Tierwohl zu überprüfen und zu beseitigen.

Wolfsmanagement soll Tierschutz auf die Weide ermöglichen

Für die Weidetierhaltung, aber auch für die Außenklimahaltung spielt in Augen der JunglandwirtInnen im BDL ein zukunftsfähiges Wolfsbestandsmanagement eine bedeutende Rolle. Um Herausforderungen, die von dem wachsenden Wolfbestand verursacht sind, bewerkstelligen zu können und die Weidetierhaltung in Deutschland auch weiterhin zu ermöglichen, fordern die JunglandwirtInnen des BDL ein wissenschaftlich fundiertes Management der Wolfsbestände in Deutschland und Europa.

Um Wolfsangriffe vorzubeugen gehört ihrer Meinung nach eine präventive und vollständige Förderung von Herdenschutzmaßnahmen selbstverständlich dazu. Durch die steigende Anzahl an Wolfsangriffen ist aber vor allem auch die Entschädigung nach Wolfsangriffen für unsere JunglandwirtInnen von großer Bedeutung. Diese gilt es auf alle durch den Wolfsangriff verletzten, getöteten und fehlenden Tiere der Herde, anzuwenden. Ein Wolfsangriff stellt für eine Herde eine besondere Gefahrensituation dar, sodass es durch die Panik der Tiere zu Schäden anderer kommen kann. Der BDL fordert in diesem Fall die Befreiung von straf-, polizei- und zivilrechtlicher Verantwortung für Landwirte.

Beteiligung von JunglandwirtInnen für zukunftsorientierte Entscheidungen!

Die Landwirtschaft steht vor vielfältigen Herausforderungen und soll neben der Ernährungssicherung auch ökologischen und gesellschaftlichen Zielen gerecht werden. JunglandwirtInnen begrüßen diese Ziele und wollen ihren Beitrag zum Erreichen dieser leisten. Sie sind es vor allem, die mit den jetzigen Entscheidungen zukünftig nachhaltig arbeiten und wirtschaften müssen. Der BDL appelliert an politische EntscheidungsträgerInnen und sämtliche Interessensgruppen der Gesellschaft, die JunglandwirtInnen und JungwinzerInnen bei ihren Planungs- und Entscheidungsprozessen zu involvieren.

Neue Inhalte für die zukunftsorientierte Agrarische Bildung

Agrarische Berufsausbildung, Fortbildung und Studium sind eine fundierte Basis für JunglandwirtInnen und JungwinzerInnen. Auch in einem föderal organisierten Bildungssystem müssen Leitplanken für die Bildung auf nationaler Ebene gesetzt werden. Dazu gehören die Lehrinhalte und

deren Zeitpunkt in der Ausbildung. Weiterhin müssen durch den Föderalismus im Bildungsbereich entstehende Defizite abgeschafft werden. Digitalisierung und Öffentlichkeitsarbeit sind zunehmend wichtige Teile der Landwirtschaft, deren Grundlagen schon in den Schulen vermittelt werden müssen. Dazu gehören der Umgang mit Technik, Kommunikation und Medienkompetenz. Auch der Berufswettbewerb der deutschen Landjugend (BWB) ist seit 1953 ein Mittel der Öffentlichkeitsarbeit für die Grünen Berufe, der von BMEL gefördert wird. Der BDL fordert, dass die Anerkennung der BWB-SiegerInnen und die Unterstützung des Wettbewerbs beibehalten und ausgebaut werden.

Mental Health Leistungen stärken

Für LandwirtInnen ist es gängige Praxis, sich mit Beratungsstellen auszutauschen und von ihren Leistungen zu profitieren. Neben Beratungen zur fachlichen Praxis kommen auch JunglandwirtInnen in Situationen, in denen sie Hilfe bei psychischer Überlastung wie Überforderung, Burnout und Depression in Anspruch nehmen müssen. Diese Themen sind noch immer ein Tabuthema innerhalb des landwirtschaftlichen Berufsstands und bedürfen einer Endtabuisierung. Deswegen benötigt es Unterstützung von der Politik, um weiterhin extern organisiertes, übergreifendes Zusammenspiel aus Beratung, Hilfe auf dem Hof (beispielsweise durch BetriebsshelferInnen) und finanzielle Unterstützung zu behalten und auszubreiten. Der BDL fordert daher, dass die Struktur psychosozialer Beratungsangebote für LandwirtInnen geöffnet und ausgebaut und durch staatliche Angebote ergänzt wird.

Digitalisierung in der Landwirtschaft weiterbringen

Die JunglandwirtInnen und JungwinzerInnen in Deutschland sehen die Digitalisierung im vor- und nachgelagerten Bereich der Landwirtschaft als eine der vielen Lösungsmöglichkeiten an, um den zahlreichen heutigen und zukünftigen Anforderungen des Umwelt-, Tier, und Sozialschutzes gerecht werden zu können. Die Digitalisierung in der Landwirtschaft, wie im den ländlichen Raum, bietet durch Vernetzung und Systembildungen die Chance, Arbeitsabläufe und Qualitätssicherung zu erleichtern und in den drei Säulen der Nachhaltigkeit, also Umwelt, Ökonomie und Soziales, die Effizienz und Leistungen weiter auszubauen.

Mit der einhergehenden Digitalisierung sind jedoch auch Risiken verbunden, wenn es zum Beispiel um die Datenhoheit und Sicherheit geht. Da Zahlen und Daten in den landwirtschaftlichen Betrieben, wie in anderen Branchen, zum Betriebsgeheimnis gehören, muss dem Landwirt die Hoheit über seine Daten obliegen. Dafür brauchen JunglandwirtInnen zentrale Beratung in Datenmanagement und Datensicherheit. Zugleich muss die praxisnahe Weiterentwicklung der IT-Sicherheit in diesem Bereich gefördert werden. Die Einsicht von Dritten sowie Behörden sollte gesetzlich verboten werden.

Auf der anderen Seite fordert der BDL, dass behördliche und öffentliche Daten, deren Erfassung und Archivierung durch Steuergelder bezahlt, kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehören z.B. Kataster-, Boden und Wetterdaten, Wegenetze etc. Eine Bereitstellung dieser Daten in einem zentralen Datenportal, in praxistauglichen und standardisierten Datenformaten wäre dabei wünschenswert. Dazu gehört die bundesweit kostenfreie Nutzung des Satellitenpositionierungsdiensts der deutschen Landesvermessung (SAPOS). Damit wird gewährleistet, dass auch kleine und mittlere Betriebe die Möglichkeiten einer spurengenauen Bearbeitung ihrer Flächen haben. Da das der Einsparung von Betriebsmitteln und dem Umweltschutz dient, fordern wir die kostenfreie Bereitstellung des SAPOS-HEPS (Hochpräziser Echtzeit-Positionierungs-Service) Signals flächendeckend für Deutschland.

Zudem muss der Ausbau der ländlichen Infrastruktur, zu der auch die mobile Telekommunikation gehört, weiterhin gefördert werden. Noch immer ist diese in vielen Regionen Deutschlands unzureichend. Genauso dringlich ist die Anbindung der Betriebe an schnelles Internet, die entsprechend zu fördern ist.

Wer ist der Bund der Deutschen Landjugend?

Der Bund der Deutschen Landjugend (BDL) e.V. - das sind rund 100.000 junge Menschen zwischen 15 und 34 Jahren aus ganz Deutschland. Die einen sagen, der BDL sei „fesch und frech und immer dabei“. Die anderen sagen, er sei der Nachwuchs der Landwirtschaft. Beides ist nur zum Teil wahr. Denn auch wenn er der größte Jugendverband im ländlichen Raum und die stärkste Interessenvertretung der JunglandwirtInnen in Deutschland ist, arbeiten nur rund 20 Prozent der ehrenamtlich Aktiven im BDL heute in einem der Grünen Berufe.

Doch egal ob Landwirtin oder Winzer, Studentin oder Erzieher... - sie alle verbindet eins: Ländlicher Raum ist Heimat für sie - der Ort zum Leben. Und damit das auch so bleibt, machen sie sich im BDL für ihre Interessen stark. Patentrezepte können sie nicht entwickeln, doch eins ist ihnen klar: Sie machen den Unterschied. Die Angebote der Landjugend vor Ort, egal ob Junglandwirtentreff oder Tanzgruppe, ob Maibaumstellen, #landgemacht oder die Aktion „Fremde werden Freunde“, schaffen Wohl-Fühl-Räume, die Heimat ausmachen. Denn Landjugend ist, was Landjugend macht. Sie gestaltet das Leben im ländlichen Raum, sie macht kleine und große Politik, bezieht in der Agrar- und Weinbaupolitik genauso Stellung wie zu Infrastruktur, Jugend- und Bildungspolitik. Der BDL vertritt die Interessen junger Menschen auf dem Land und will für sie Lebens- und Bleibeperspektiven in den ländlichen Räumen erhalten und verbessern.

Der BDL ist ein freiwilliger Zusammenschluss der Landeslandjugendverbände, der seine Entscheidungen frei und unabhängig trifft. Er wird von einem sechsköpfigen ehrenamtlichen Bundesvorstand geführt, der paritätisch besetzt ist.

Der BDL wird gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), die Landwirtschaftliche Rentenbank, das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) und das Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW).



Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Bund der Deutschen Landjugend (BDL) e.V.

Claire-Waldoff-Str. 7, 10117 Berlin

fon: 030 / 23599350

fax: 030 / 235993599

mail: info@landjugend.de

www.landjugend.de

www.facebook.com/BDLandjugend